

NACHRICHTEN

Neue Synagoge wird in Regensburg eröffnet

Regensburg. Die jüdische Gemeinde im bayerischen Regensburg hat ein neues Gebetshaus. Die Synagoge wird am Mittwoch eröffnet. Der neun Millionen Euro teure Bau befindet sich in der Altstadt und unweit des Doms auf dem Grundstück, auf dem bis 1938 die vorherige Synagoge stand. Der schlicht gehaltene Kuppelbau fügt sich in die Umgebung ein. Sandfarbene Backsteinziegel sollen Beständigkeit symbolisieren, sagte Architekt Per Pedersen am Dienstag. Am Mittwoch sollen in einer Zeremonie die drei Thorarollen aus dem bisherigen Gebetsraum in die neue Synagoge gebracht werden, wie Gemeindevorsitzende Ilse Danziger sagte. *dpa/nd*

Psychologe: Angeklagter agierte wie Forscher

Bielefeld. Der Angeklagte im Prozess um vergiftete Pausenbrote in Ostwestfalen hat einem Psychologen zufolge wie ein Wissenschaftler mit den Giftstoffen experimentieren wollen. Nach seinem Eindruck habe der 57-Jährige an seinen Kollegen beobachten wollen, wie das Gift auf ihren Pausenbroten wirkt, sagte der Mitarbeiter des Psychologischen Dienstes in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld am Dienstag. Der Psychologe hatte den Angeklagten Klaus O. fünfmal getroffen und sollte in den Gesprächen klären, ob der Mann in der Untersuchung selbstmordgefährdet ist. Der 57-jährige Deutsche muss sich vor dem Landgericht Bielefeld wegen versuchten Mordes verantworten. Die Anklage wirft ihm vor, über Jahre Arbeitskollegen mit vergifteten Pausenbroten und Getränken gesundheitlich geschädigt zu haben. *dpa/nd*

Thüringer Brauereien verkaufen mehr Bier

Erfurt. Die Thüringer haben 2018 wieder deutlich mehr Lust auf Bier gehabt. Der Absatz der Brauereien und Bierlager stieg im Vergleich zum Vorjahr um 5,7 Prozent auf 3,2 Millionen Hektoliter, so das Statistische Landesamt am Dienstag. Bei optimalen Bedingungen eines heißen und trockenen Sommers mit Fußball-WM konnte damit der rückläufige Trend der vergangenen Jahre gestoppt werden. Auch deutschlandweit haben die Brauereien 2018 mit 94 Millionen Hektolitern mehr Bier verkauft als im Jahr zuvor. Die Steigerung trotz des Supersommers betrug bundesweit aber nur 0,5 Prozent. *dpa/nd*

Fichtelbergbahn lockt mehr Fahrgäste an

Oberwiesenthal. Die Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft teilte am Dienstag mit, dass 2018 rund 240 000 Menschen die Fichtelbergbahn zu einer Fahrt durch das Erzgebirge nutzten. Die 1897 eröffnete Schmalspurbahn führt gut 17 Kilometer von Cranzahl über Neudorf nach Oberwiesenthal. Der Spitzenmonat war der Dezember mit über 37 000 Fahrgästen. Jeweils über 25 000 Gäste pro Monat verzeichneten der Juli und Oktober. Vor allem Themenfahrten wie die Dampf- und Räuchertour und die Mondscheinfahrt seien gefragt gewesen, hieß es. *dpa/nd*

Mit dem Güterzug auf der Flucht vor Kälte

Kaiserslautern. Ein blinder Passagier hat sich in Rheinland-Pfalz mit einem Güterzug verfahren. Wie die Bundespolizei am Dienstag mitteilte, sprang der 30-Jährige am frühen Sonntag in Ludwigshafen auf einen im Schrittempo fahrenden Güterzug auf. Er wollte damit nach Frankenthal. Als er bemerkte, dass der Zug nicht dorthin fuhr, rief er die Polizei. Die konnte den Zug in Kaiserslautern anhalten. Den Beamten erklärte der Mann, dass er aufgrund der Kälte nicht auf den Personenzug habe warten wollen. Einen gültigen Fahrschein für Passagierzüge konnte er vorzeigen. *AFP/nd*

Konflikt um »schwarze Augen«

Polizei überwacht Marienplatz in Schwerin per Funk-Video – Datenschutzbeauftragter hat Bedenken

Seit Monaten schwelt im Nordosten der Streit zwischen Innenministerium und Datenschutzbeauftragtem um die Videoüberwachung des Schweriner Marienplatzes. Nun ist die Sache ein Fall für die Justiz.

Von Hagen Jung

Mal prügeln Rechtsradikale auf Flüchtlinge ein, mal ließen Zuwanderer verschiedener nationaler Herkunft die Fäuste fliegen, mal betrunkenen Deutsche. Nicht irgendwo in finsternem Viertel, sondern mitten im Zentrum der Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns, auf dem Marienplatz in Schwerin. Neben sich häufenden Schlägereien machten dort auch grölende Neonazis und nicht zuletzt Diebe immer öfter polizeiliche Einsätze erforderlich. So oft, dass die Stadtvertretung Ende Januar 2017 mehrheitlich beschloss: Der Platz wird künftig mit Videokameras überwacht, zunächst in einer Testphase.

Acht »schwarze Augen« wurden installiert und per Funk mit der Polizei verbunden. Das Land zahlte rund 135 000 Euro für das Equipment, teilte Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU) kurz vor Weihnachten 2018 mit: Die Kameras zeichnen den Marienplatz 24 Stunden durchgängig aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf. Was dort geschieht, werde sieben Tage lang gespeichert. Ziel sei es, vom vorläufigen zum dauerhaften Überwachungsbetrieb zu wechseln.

Doch schon der Testbetrieb stieß dem Datenschutzbeauftragten des Landes, Heinz Müller, sauer auf. Denn: Die drahtlose Bildübertragung sei nicht durch eine sogenannte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung vor Missbrauch geschützt. Im Klartext: Die Funksignale könnten auf dem Weg von den Kameras bis zur Polizei von Unbefugten »abgegriffen« und zu rechtswidrigen Zwecken genutzt werden.



Am Schweriner Marienplatz wird eine Überwachungskamera installiert.

Foto: dpa/Bernd Wüstneck

Dies dürfe nicht geschehen, warnte der oberste Datenschützer und schrieb dem Innenministerium, dass ein Kameraeinsatz ohne Verschlüsselung auf der gesamten Sendestrecke gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstoße. Mit diesem Hinweis begann der Hickhack zwischen beiden Seiten. Er fand Anfang Februar einen Höhepunkt, als Müller ein Verbot der drahtlosen Überwachung des Marienplatzes erließ. Inzwischen sind sowohl der Datenschützer als auch das Ministerium vor das Verwaltungsgericht gezogen, um ihre jeweiligen Standpunkte durchzusetzen.

Das Schweriner Innenministerium vertritt die Auffassung, der Videoeinsatz sei »eine rechtmäßige polizeiliche Maßnahme«, zumal die Datenschutz-Grundverordnung die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung nicht vorschreibe und sie zu erheblichen Qualitätsverlusten der Aufnahmen führen würde, heißt es aus Caffiers Behörde. Sie will an der Überwachung festhalten, habe sie doch inzwischen zur Aufklärung von Straftaten beigetragen; auch sei die Funkübertragung dank anderer Maßnahmen durchaus sicher, so das Ministerium sinngemäß.

Der Marienplatz-Streit hat inzwischen über Schwerin hinaus für Reaktionen der politischen Ebene gesorgt. So betont der Innenexperte der LINKEN-Landtagsfraktion, Peter Ritter, das Agieren des Ministeriums im Zusammenhang mit der Videoüberwachung füge dem Datenschutz schweren Schaden zu. Der Kameraeinsatz in Schwerin solle sofort beendet werden. Und die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, die derzeit nicht im Parlament vertreten sind, geben durch ihr Vorstandsmitglied Mathias Engling zu bedenken: Aufnahmen von politischen Veranstaltungen

auf dem Platz könnten Aufschluss über die politische Meinung der Anwesenden geben, und Videos von Menschen »in traditionellen Gewändern« vermittelten Informationen über deren religiöse Überzeugung. Bilder von sich küssenden Pärchen schließlich »zeigen deren sexuelle Orientierung«, befürchtet Engling.

Das Verwaltungsgericht indes hat am Montag bekannt gegeben: Es wird dort ein richterliches Güteverfahren stattfinden. Womöglich finden Ministerium und Heinz Müller dabei einen Weg aus dem Konflikt um die schwarzen Polizeiaugen.

Transportstopp für Zuchtrinder

Bayern und Schleswig-Holstein verbieten Exporte in Länder außerhalb der EU

Veterinärämter aus Bayern und Schleswig-Holstein haben den Export von Zuchtrindern in mehrere Länder außerhalb der EU vorerst untersagt. Der Ausfuhrstopp greift trotzdem nur bedingt.

Von Dieter Hanisch, Kiel

Kiels Landwirtschaftsministerium hat vorerst mit einem Erlass alle Drittländerausfuhren verboten. Es geht um den Vorwurf von Tierquälerei beim Transport und die rechtliche Unsicherheit, als beteiligte Genehmigungsbehörde womöglich Beihilfe zu einem Gesetzesverstoß zu leisten.

Der landwirtschaftliche Handel praktiziert solche Ausfuhren seit Jahrzehnten. Aber in den vergangenen Jahren haben Berichte über die widrigen Transportbedingungen Tierschützer alarmiert. Besonders der Dokumentarfilmer Manfred Karmann hat seit 1989 mit seinen Beiträgen immer wieder auf Missstände hingewiesen. Die Tierrechtsorganisation Pro Vieh spricht davon, dass bei Langstreckentransporten Hygienedefizite, Futter- und Wassermangel an der Tagesordnung seien.

Nun sollen die Zustände auf den Prüfstand kommen, denn nach Genehmigungsverweigerungen durch die bayerischen Veterinärämter wie etwa in Passau, Freyung-Grafenau, Unterallgäu, Aschaffenburg und Landshut hatten auch einzelne Kreise im nördlichsten Bundesland reagiert und einen vorläufigen Stopp der Tiertransporte angeordnet. Um den Veterinärämtern aber ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, hat das Ministerium in Kiel am Montag ein auf vier Wochen begrenztes landesweites Transportmoratorium beschlossen. Die Fahrten in Richtung Südosteuropa, Naher Osten, Nordafrika oder Asien starten im Norden zentral von einem Sammelplatz im Kreis Rendsburg-Eckernför-

de, betrieben von der Genossenschaft Rinderzucht Schleswig-Holstein (RSH). Von dort wird noch einmal betont, dass die Tiere ausschließlich für Zuchtzwecke auf die Reise geschickt werden und nicht als Schlachttvieh. Immer wieder war zuletzt nämlich die Rede davon, dass besagte Rinder in Schlachthöfen landen, in denen mit viel Tierleid verbundene Schlachtmethoden angewendet werden.

Der Bauernverband Schleswig-Holstein kritisiert den Vorstoß aus dem Ministerium. Der Rinderzuchtverband hat den Kreis Steinburg verklagt, einen Transport von Zucht-

Tierärzte begründen ihr Transport-Veto damit, dass sie teilweise deutlich über 3000 Kilometer weite Fahrten nicht länger mit ihrem Gewissen vereinbaren können.

rindern mit Zielland Marokko zu genehmigen, weil alle tierrechtlichen Bestimmungen eingehalten würden. Das Verwaltungsgericht Schleswig wird bereits am Mittwoch eine Entscheidung treffen.

Unter das Verbot seitens einzelner schleswig-holsteinischer Kreisbehörden fielen insgesamt 14 Zielländer: Türkei, Jemen, Libanon, Syrien, Jordanien, Marokko, Algerien, Ägypten, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Bilder untermauern die Vorwürfe der Tierwohlgefährdung. Verdurstete Rinder auf dem Transportlaster sind nur ein Beispiel. Es gibt keine Kontrollen im Sinne des gesetzlichen Tierschutzes mehr, sobald die Rin-

der die EU-Außengrenze hinter sich gelassen haben.

Die fünf für den Kreis Rendsburg-Eckernförde tätigen Amtstierärzte begründeten ihr Transport-Veto damit, dass sie die Praxis von teils deutlich über 3000 Kilometer weiten Fahrten nicht länger mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten. Sie verweisen auf eine ungenügende Rechtslage und verlangen Klarheit vom Kieler Landwirtschaftsministerium. Doch eigentlich bedarf es einer bundesweiten, wenn nicht gar EU-weiten Regelung. RSH hatte der Kreisbehörde zugesichert, zunächst keine juristischen Schritte gegen den Exportstopp einzuleiten. Auch hat man längst ein Schlupfloch gefunden, den Ausfuhrstopp zu umgehen. Schleswig-holsteinische Zuchtrinder starten ihre Reise in ein Verbotsland ab Niedersachsen. Der Binnentransport über die Elbe ist behördlich nicht zu untersagen. Rinder über Sammelstellen außerhalb des Landes zu exportieren, sei bereits gängige Praxis, wird vom RSH eingeräumt.

Helga Leydag von der Initiative »Mensch – Fair – Tier« begrüßt das behördliche Einschreiten. Sie zweifelt aber grundsätzlich die Notwendigkeit weiter Transporte für Zuchtzwecke an. Sie fragt sich, warum man den Tieren die Reisestrapsen zumutet, wenn auch Tiersamen verschickt werden können. Dies meint auch Holger Vogel, Präsident des Bundesverbandes der beamteten Tierärzte e.V. aus Greifswald. Schleswig-Holstein drängt auf eine schnelle bundeseinheitliche Lösung. Am Freitag blieb ein Bund-Länder-Treffen der Agrarminister zu dem Punkt ergebnislos. Im März soll ein zweiter Anlauf unternommen werden, um das Thema bis zur nächsten turnusmäßigen Agrarministerkonferenz im April in Landau/Pfalz möglichst geklärt zu haben.

Durch Meditation zur »menschlichen Welt«

Kandidaten für die Bremen-Wahl am 26. Mai vorgestellt

Am 26. Mai, dem Tag der Europawahl, müssen die Bremer an zwei Wahlurnen. Auch über die Machtverhältnisse in der Bürgerschaft wird abgestimmt. Unter den Kandidaten finden sich seltsame Namen.

Von Cäcilie Bachmann, Bremen

Die vom Bremer Landeswahlleiter Dr. Andreas Cors herausgegebene Liste der Gruppierungen und Parteien, die zur Landtagswahl am 26. Mai antreten wollen, enthält sieben »Etablierte«, das heißt Parteien und Vereinigungen, die bereits jetzt in der Bürgerschaft sitzen. Zusätzlich wurden noch elf weitere Parteien und Gruppen, also »Neulinge« zugelassen.

Unter letzteren finden sich illustre Namen wie »Menschliche Welt für das Wohl und Glücklichein aller«, kurz »Menschliche Welt« oder auch »Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiativen«, kurz »Die Partei«. Auch ein »Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit« ist dabei.

Die »Menschliche Welt« hat laut Eigenauskunft über 600 Mitglieder in Europa und Deutschland mit Landesverbänden in Bremen und sechs weiteren Bundesländern. Als Ziel nennt die Gruppierung die Abschaffung des allgemeinen Profit- und Ausbeutungsdenkens gegenüber der Natur und den Menschen. Erreicht werden soll dies durch Meditation oder Yoga.

Wird auf diese »Neulinge« mitunter mit einem Schmunzeln reagiert, so sind zwei Personalien zu finden, die für einiges Aufsehen sorgten. Da ist zum einen Herbert Winter, der bis vor Kurzem noch Bremerhavener Stadtverordneter und Parteimitglied der LINKEN war. Dort ist er ausgetreten, um zu neuen Ufern aufzubrechen, die für ihn im erst kürzlich gegründeten

Wählerbündnis »WIR – Willkommen in der Realität« zu finden sind. Wobei Winter seine Partei zwar verlassen hat, laut Günter Matthiessen von den Bremerhavener LINKEN aber »weiterhin parteiloses Mitglied der Gruppe DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven« bleibt. Angestrebtes politisches Ziel von »WIR« ist es, für mehr demokratische Prozesse zu sorgen.

Auf der anderen Seite sorgt der ehemalige Radio-Bremen-Journalist Hinrich Lührssen für Gesprächsstoff. Er hatte sich zunächst der AfD zugewandt, weil er angeblich von deren Landeschef, dem Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz, angeworben wurde. Laut Lührssen wurde ihm versprochen, Bremer Landesvorsitzender der AfD zu werden und bei der Landtagswahl ein Mandat als Bürgerschaftsabgeordneter zu gewinnen.

Als Magnitz eine Rolle rückwärts machte und sich selbst zum Bremer AfD-Vorsitzenden küren ließ, kehrte Lührssen der AfD den Rücken und versuchte großen Medienwirbel zu verursachen. Er erklärte, wie schändlich er behandelt wurde und wie schrecklich der innerparteiliche Umgang in der AfD sei. Gleichwohl betonte Lührssen, die politische Richtung der AfD stimme.

Die Wählervereinigung »Bürger in Wut« (BIW), die sich selbst als konservativ empfindet, von außen betrachtet aber als rechtspopulistische Wählervereinigung eingestuft wird, hat seit zwölf Jahren ein Mandat im Bremer Landtag, weil ihr Bremerhavener Teil in der Seestadt in den zurückliegenden drei Wahlen jeweils die Fünf-Prozent-Hürde knapp übersprang. BIW-Vorsitzender Jan Timke präsentierte nun Hinrich Lührssen als seinen Wunschkandidaten für die Landtagswahl.